



Drucksachen-Nr.

**7892/2020-2025**

Datum:

14.04.2024

**An den Oberbürgermeister der Stadt Bielefeld**

### **Antrag**

Gremium	Sitzung am	Öffentlichkeitsstatus
<b>Rat der Stadt Bielefeld</b>	18.04.2024	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)

**Steigender Kriminalität endlich begegnen – Mehr Sicherheit für Bielefeld (Antrag der FDP-Fraktion vom 11.04.2024) (TOP 3.2)**

**Text des Antrags:**

Der Rat der Stadt Bielefeld möge beschließen:

- 1.) Abschnitt 3 des besagten Antrages wird wie folgt erweitert:  
„Im Zuge dessen soll nach Möglichkeit auch auf die Verlegung von weiteren Polizeibeamten aus dem Innen- in den Außendienst hingearbeitet werden.“
- 2.) Dem besagten Antrag wird ein Abschnitt 4 hinzugefügt, der wie folgt lautet:  
„Zur Verbesserung der Sicherheit bei der Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs in Bielefeld soll im Rahmen der Neuverhandlung der Kooperation zwischen Stadt Bielefeld und Polizei ein Konzept erarbeitet werden, welches auch den besonderen örtlichen, sozialen und rechtlichen Eigenheiten der objektiven und subjektiven Sicherheitssituation in Bahnen und Bussen sowie an Haltestellen Rechnung trägt. In diesem Kontext soll insbesondere eine Verstärkung des Sicherheitspersonals an den besagten Orten in Abend- und Nachtstunden, insbesondere am Wochenende, erfolgen. Die bisherige Nutzung von Videoüberwachungsmaßnahmen in Bussen und Bahnen sowie an Haltestellen wird gründlich evaluiert, auf ihre Effektivität hin geprüft und, wenn nötig, optimiert.“
- 3.) Dem besagten Antrag wird ein Abschnitt 5 hinzugefügt, der wie folgt lautet:  
„Eine der wesentlichen Ursachen für den Anstieg der Kriminalitätssituation liegt in der Migrationspolitik der Bundesregierungen seit dem Jahr 2015 sowie der EU-internen Grenzpolitik, die Bandenkriminalität fördert. Der Rat der

Stadt Bielefeld bittet daher den Oberbürgermeister und die Bielefelder Landtags- und Bundestagsabgeordneten, sich bei der Landes- und der Bundesregierung für eine Migrations- und Grenzpolitik einzusetzen, die deutsche innere Sicherheitsinteressen endlich hinreichend berücksichtigt. Die Stadt Bielefeld wird nach ihren Möglichkeiten und in ihrem Kompetenzbereich auf die konsequente Abschiebung nicht aufenthaltsberechtigter Personen hinwirken.

- 4.) Dem besagten Antrag wird ein Abschnitt 6 hinzugefügt, der wie folgt lautet:  
„Im Rahmen der neu auszuhandelnden Kooperation soll ein digitales Sicherheitsportal eingerichtet werden, in dem Bürger Vorgänge darlegen können, die auf Sicherheitsprobleme an bestimmten Orten und bestimmter Art hindeuten und welches der erhöhten Sensibilität für derlei Fragen in der Bevölkerung Rechnung trägt. Auf diese Weise sollen Bedrohungen der objektiven Sicherheit, aber auch des subjektiven Sicherheitsempfindens – unverfälscht und unzensiert durch etwaige politische, administrative oder mediale Akteure – von den Bürgern berichtet und problematisiert werden können.“
- 5.) Dem besagten Antrag wird ein Abschnitt 7 hinzugefügt, der wie folgt lautet:  
„Im Rahmen der neu auszuhandelnden Kooperation wird auf ein Forschungsprojekt hingearbeitet, welches an der Universität und / oder an einer anderen geeigneten Bielefelder Hochschule angesiedelt werden kann und das sich speziell auch dem Zusammenhang von Migration und der Steigerung der Kriminalitätsrate sowie kulturellen Einflüssen auf bestimmte Strafdeliktformen (bspw. häusliche Gewalt) widmet. Hierbei ist zu prüfen, ob sich die Stadt vor dem Hintergrund ihrer Sicherheitsinteressen an der Finanzierung beteiligen kann. Institutionell und personell ist im Zuge eines solchen Projektes auf die Unabhängigkeit von parteipolitischen oder parteinahen Akteuren zu achten.“

**Begründung:**  
Erfolgt mündlich.

**Unterschrift:**

gez.  
Dr. Florian Sander  
Vorsitzender AfD-Ratsgruppe Bielefeld